

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

5.5.1868 (No. 106)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 3. Mai.

N. 106.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einkaufungsgebühr: die gepaltene Petizelle oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 29. April d. J. gnädigst geruht, den Bezirksförster Werner in Ottenhöfen auf sein ehrerbietigstes Ansuchen und vorbehaltlich seiner spätern Wiederwendung in den Ruhestand zu versetzen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† **Berlin, 4. Mai.** Das Zollparlament genehmigte einstimmig den Handelsvertrag mit Spanien. Die Regierung verheißt die Ausbehnung des Vertrags auf die Kolonien. Folgte nunmehr die Vorberatung der Zollordnungsänderung. Hennig beantragt verschiedene Gesetzesveränderungen.

† **Berlin, 4. Mai.** Das Zollparlament nahm nach längerer Debatte die Zollordnungsänderungen paragrafenweise an, und genehmigte die Resolution Müller auf Vorlage einer Zollordnung in der nächsten Session auf Grund des Zollfreiheits-Prinzips.

† **Wien, 4. Mai.** Am 1. Juni haben die sämtlichen Linien-Infanterieregimenter die Cadres ihrer fünften Bataillone aufzustellen. Die Compagnien der drei ersten Bataillone werden je 99 Köpfe, die der vierten und fünften Bataillone nur je 33 Köpfe stark sein.

† **St. Petersburg, 3. Mai.** Die gestern abgehaltene Generalversammlung der „Grande Societe“ votirte fast einstimmig den Ankauf der Nicolai-Bahn für Rechnung der Gesellschaft, sowie die dadurch bedingte notwendige Veränderung der Gesellschaftsstatuten, zu welchem Behuf dem Verwaltungsrath Vollmachten erteilt wurden.

Die bisherigen Rechte der Aktionäre der „Grande Societe“ bleiben unverändert.

Deutschland.

Karlsruhe, 4. Mai. Bei der naheliegenden Frage, ob der im norddeutschen Bundesheere am 1. d. Mts. eingetretene Etatsverminderung, von beiläufig in Summa 12,000 Mann, nicht auch in der Großh. Division eine Nachfolge zu geben beabsichtigt werden möchte, wird es von Interesse sein zu erfahren, daß, abgesehen von der überhaupt noch gar nicht vollendeten Organisation, nach den von der Großh. Kriegsverwaltung seit Einführung des Wehr- und Kontingentgesetzes auf höchsten Befehl getroffenen Anordnungen, der Dienststand der bereits bestehenden Abtheilungen unter der budgetmäßigen Höhe und namhaft niedriger gehalten worden ist, als derselbe sich im norddeutschen Heere selbst nach der so eben eingetretenen Reduktion herausstellt.

In dieser Beziehung bemerken wir, daß bei der Infanterie per Compagnie ein Mannschafts-Dienststand (einschließlich der Gefreiten und einjährig Freiwilligen) von 105 Mann nicht überschritten ist, d. h. ein Dienststand, welcher 6 Mann weniger beträgt, als der im norddeutschen Bundesheere erst vom 1. d. Mts. ab eingetretene.

Bei der Kavallerie, deren Eskadronen ohnehin nur je einen, dem der norddeutschen Kavallerie nachstehenden, Friedensstand von 134 Dienstpferden erhalten, wird diese Stärke erst im nächsten Spätjahr erreicht. Bisher haben die einzelnen Eskadronen durchschnittlich einen Stand von 120 Dienstpferden, bei einem noch etwas geringeren Mannschaftsstand, nicht überschritten.

Zunieweit die Rücksichten auf die tüchtige Ausbildung der Truppen und Remonten es zulässig machen, während der diesjährigen Erntezeit Verurlaubungen von Mannschaften in größerem Umfange eintreten zu lassen, wird seiner Zeit einer eingehenden Prüfung Seitens der Großh. Kriegsverwaltung unterworfen werden.

München, 1. Mai. (Bayr. Bl.) Zu der Abgeordnetenkammer antwortete der Handelsminister auf eine Interpellation Auer's, daß die Staatsregierung überzeugt sei, die Braunauer Bahn werde österreichischer Seite fortgesetzt werden, und daß die Regierung also den bayrischer Seite begonnenen Bau nicht unterbrechen wolle. Die Kammer lehnt die Reichsraths-Beschlüsse, betr. die Erhöhung der Apanage der Königin von Griechenland, die Steuererhöhungen für Regierungsräthe und den Ankauf der Siebold'schen und Sturm'schen Sammlungen ab, nimmt Vermittlungsvorschläge bezüglich der Remunerationen der Bezirks-Amtmänner und des Postulats für Stadtkommisariate an, beharrt auf dem Abstrich bei dem ordentlichen Militäretat und stimmt den modifizierten Wunschfassungen bezüglich der Pfarrassistenten, der Pensionsregulativreform und der Unterstützungskasse der Lehranstalten zu. Das Finanzgesetz wurde durchberathen und angenommen ohne Steuererhöhung, die Jahresrente der Nürnberg-Bank derselben zur Stärkung ihres Stammfonds belassen. Die Bilanz schließt mit 87,144,606 fl. ab, wobei der Reichs-Reservefond mit 1,818,379 fl. eingeschlossen ist. Die Sitzung schloß halb 10 Uhr Nachts.

Berlin, 2. Mai. Zollparlamentssitzung vom 1. Mai. Die württembergischen Wahlen. Schluß.

Abg. v. Mittnacht: Der Abg. Braun hat eine Rede voll der heftigsten Angriffe gegen die württembergische Regierung gehalten, und dann seinen Antrag wieder zurückgezogen. (Geheiß.) Wir haben es aber nicht mit dem Antrag des Abg. Braun, sondern mit dem zu thun, was er zur Motivirung dieses Antrags gesagt hat. Das Allenfäll, auf welches er sich beruft, spricht von „Notorietät“. Was ist denn aber Notorietät? Etwas wenn man auf die Behauptung irgend eines Blattes nicht antwortet? Meine Herren, wir haben in Württemberg unbeschränkte Pressefreiheit; seit Jahren ist bei uns keine Beschlagnahme oder eine Preszmaßregelung vorgekommen. Will ein Minister von diesen Blättern unbeschäftigt bleiben, so bleibt ihm nichts übrig, als sie gar nicht zu lesen. Was die württembergische Wahlordnung betrifft, so ist dieselbe von der bayrischen im Prinzip kaum verschieden, und wenn Sie die bayrischen Wahlen unbeanstandet haben passieren lassen, so werden Sie sicher auch die württembergischen nicht beanstanden können. Redner geht dann auf die übrigen Punkte der Beschwerdeschrift über. Nur solche Beamte, Lehrer &c. seien verwahrt worden, die sich in übermäßiger Weise an der Agitation der deutschen Partei beteiligten; eine Beheiligung im gewöhnlichen Sinn sei in jeder Beziehung unbeanstandet geblieben. Wer ist die deutsche Partei, von welcher hier gesprochen wird; was will sie? Dasselbe Blatt, welches 1866 die falschen Nachrichten von den böhmischen Schlachtfeldern mit Jubel begrüßte, dient jetzt dazu, um Erfindungen gegen uns zu liefern. Das württembergische Volk ist nicht undeutsch; nur von dieser Partei will es nichts wissen. Auch bin ich durch Das, was ich hier gehört, nicht überrascht, denn in den württembergischen Blättern lesen wir es bereits im Voraus, daß die württembergischen Minister hier von dem Abg. Braun zum Gabelstich verurteilt werden würden. (Große Heiterkeit.) Wir gebeten übrigens im Laufe gegen alle Parteien das Ruder fest in den Händen zu halten. (Lebhaftes Bravo und Klatschen rechts, links.)

Präsident (nach rechts): Ich muß den Herren bedeuten, daß diese Art der Beifallsäußerung bisher hier nicht üblich war.

Abg. Wambarger führt aus, wie die württembergische Interpretation des Wortes „Wohnsitz“ eine durchaus unzulässige sei.

Abg. v. Barnbüler: Als ich gestern Nacht der norddeutschen Metropole zuhört, habe ich nicht geglaubt, daß ich solchen, die Einheit sicherlich nicht fördernden persönlichen Angriffen begegnen würde; sie sind indessen erfolgt und ich werde antworten. In vielen Versammlungen habe ich offen erklärt: wenn man eine Eisenbahn oder eine Gasanstalt mit mir erwarte, so solle man mich lieber nicht wählen, denn es handle sich jetzt um das deutsche Zollparlament, und um nicht Anderes. Der Schaffner in Kamschat ist nur deshalb verwahrt worden, weil er erklärt hat, daß er mit den ihm untergebenen 17 Beamten geschlossen gegen die Regierung stimmen würde. Dazu dürfte die Regierung diesen Beamten seine Stellung nicht mißbrauchen lassen. Der Postinspektor Gleß hat auf eigene Faust gehandelt, er hat aber auch die Wahlarten der Gegenpartei aufgelegt zu beliebigem Gebrauch. Kechnlich verhält es sich mit den anderen Behauptungen. In Württemberg hätte man diese Dinge nicht vorbringen können — das war nur hier, in dieser Versammlung, möglich, wo man die betreffenden Verhältnisse nicht kennt. Hat der Abg. Braun jodann auch meinen politischen Charakter angegriffen, und ist er in dieser Beziehung bis hinter das Jahr 1866 zurückgegangen, so hätte ich gewünscht, daß er das lieber nicht gethan hätte. Die Friedensverträge, die wir im August 1866 abgeschlossen haben, sollten nicht bloß das Ende des Krieges, sondern auch eine aufrichtige Versöhnung bedeuten. Sprechen Sie darum nicht so zu uns, meine Herren, die wir auf den Schlachtfeldern mit Jhnen bluten, die wir deutschen Boden mit Jhnen verteidigen wollen. Ich habe die Zollverträge abgeschlossen und ich habe es an Mühe nicht fehlen lassen, das Wort zu lösen, das ich gegeben. Die Partei, die sich bei uns die deutsche nennt, ist in Allem nur bestrebt, Württemberg herabzusetzen, und es ist der Geist des württembergischen Volkes, der gegen diese Partei sich auflehnt. Ich liebe mein Vaterland, wenn es auch klein ist; das ist nicht Partikularismus, sondern Patriotismus, und wenn Sie diesen berechtigten Patriotismus anerkennen, nähren Sie am besten auch dem Ganzen. (Beifall bei den Württembergern.)

Bundeskommissar württemb. Minister v. Linden wünscht, daß das Haus die württembergischen Wahlen nicht bloß passieren lassen, sondern auch die Ueberzeugung gewinnen möge, daß diese Wahlen überhaupt nicht angefochten werden könnten. Die württembergische Regierung habe in jeder Beziehung in gutem Glauben gehandelt. Eine Reklamation des Begriffs „Wohnsitz“ in dem von mehreren Rednern gewünschten Sinn sei eine Unmöglichkeit. Gewinne die württembergische Regierung die Ueberzeugung, daß irgend ein Unrecht begangen worden sei, so würde sie selbst gewiß zu allererst auf Abhilfe bedacht sein.

Abg. Lasker: Ich habe zuerst gemeint: so machen es die Minister in Württemberg, so machen sie es auch in Preußen, und ich wollte zur Sache nicht reden. Aber von den Verteidigern der württembergischen Regierung ist zu viel gesagt worden. Wir sind im Norddeutschen Bund, Gott sei Dank, bereits dahin gekommen, daß wir keinen württembergischen Patriotismus mehr kennen, sondern nur noch einen deutschen Patriotismus. Nach Hrn. v. Mittnacht solle man eigentlich nach Württemberg auswandern — Preszprozeß, sagt er, seien dort ganz unbekannt; wir wissen nun aber, daß gegen ein württembergisches Blatt zwei Preszprozesse von der dortigen Regierung veranlaßt worden sind, einer kurz nach dem Krieg, der andere erst kürzlich. Hr. v. Barnbüler hätte auch nicht so wegwandern sprechen sollen von der württembergischen deutschen Partei. Für diese Partei, in welcher sich die Epigonen der dortigen Intelligenz und des Reichthums befinden (Gelächter

bei den Württembergern), haben sich 45,000 Wähler erklärt. Verlangt man Schonung für das Ganze, so sollte man auch Rücksicht auf die eigene Bevölkerung haben. Ich frue mich aber der heutigen Diskussion; sie wird uns einander näher bringen, und wir werden uns als Deutsche fühlen, ob wir auf der rechten oder auf der linken Seite des Hauses sitzen. (Bravo!)

Abg. v. Mittnacht: Seit einem Jahr bin ich Vorstand des Justizdepartements in Württemberg, und ich erkläre die Behauptung, daß in dieser Zeit ein Blatt bei uns vor den Geschwornen gestanden sei, einfach für nicht wahr.

Abg. Lasker: Ich habe die Mittheilung von einem glaubwürdigen Mann; es mag aber sein, daß der Prozeß, ehe er an die Geschwornen kam, wieder zurückgenommen wurde.

Es wird nun abgestimmt. Der Antrag der 3. Abtheilung wird zu Gunsten der 4. Abtheilung zurückgezogen, welcher lautet: „Das Zollparlament wolle beschließen, an den Hrn. Vorsitzenden des Zollbundesraths das Ersuchen zu stellen: durch Vernehmen mit der Kgl. württembergischen Regierung darauf hinzuwirken, daß hinfür im Königreich Württemberg eine, dem Sinn des Vertrags vom 8. Juli 1867 und des Reichs-Wahlgesetzes, sowie der Praxis der meisten andern Zollverbündeten Staaten homogenere Ausführung der Wahlen veranlaßt werde.“ Es erfolgt in namentlicher Abstimmung die Annahme dieses Antrags mit 162 gegen 105 Stimmen. — Schluß der Sitzung.

Berlin, 2. Mai. Sitzung des Zollparlamentes vom 2. Mai.

Heute handelte es sich zunächst um Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung des Handels- und Zollvertrags zwischen dem deutschen Zollverein und Oesterreich vom 9. März d. J. Der Präsident schlägt Vorberatung im Plenum vor, während der Abg. Stumm die Ueberweisung der Vorlage an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern verlangt. Der Vorschlag des Präsidenten schein auf der Voraussetzung zu beruhen, daß abgeschlossene Verträge keine Aenderung mehr zuließen; diese Ansicht könne er jedoch nicht theilen. Abg. v. Hennig meint, etwaige Aenderungen im Tarif könnten sehr wohl auch durch die Vorberatung beschlossen werden. Abg. Mohl befürwortet mit Rücksicht auf die vielen, bei dem Hause bereits eingegangenen Petitionen den Antrag Stumm. Abg. Camphausen (Kreuznach): Gerade im Interesse einer recht gründlichen Beratung empfehle er den Vorschlag des Hrn. Präsidenten, welchen Vorschlag man mit der Schlussberatung zu verwechseln schein. Abg. Schulze will eine besondere Kommission von 35 Mitgliedern. Die technischen Punkte, auf die es in der Sache ankomme, erforderten durchaus eine besondere Kommission. Abg. Twesten schließt sich dem Vorschlag des Präsidenten an. Abg. Stumm schließt sich hinsichtlich der Anzahl der Mitglieder der Kommission dem Abg. Schulze an. Abg. Luch hält den Vorschlag des Präsidenten für ganz sachgemäß. — Das Haus entscheidet sich für den Vorschlag des Präsidenten.

Hierauf beschließt das Haus, den Antrag der Abgg. Dr. Metz und Genossen auf Erlass einer Adresse an den König von Preußen durch einfache Schlussberatung zu erledigen, und ernannt der Präsident den Abg. v. Bennigsen zum Referenten und den Abg. v. Thüngen zum Korreferenten.

Es handelt sich jodann um Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung des nachstehenden Antrags des Abg. Stumm: „Das Zollparlament wolle beschließen: den Vorsitzenden des Bundesraths des deutschen Zollvereins anzufordern, darauf hinzuwirken, daß die Ausfuhrvergütung, welche Frankreich den Bestimmungen des Art. 6 des deutsch-französischen Handelsvertrags zuwider seiner Eisenindustrie durch die mißbräuchliche Handhabung der Rückvergütung des Importzollbetrages (titres d'acquit-a-caution) gemährt, baldigst beseitigt werde.“

Das Haus beschließt auf den Vorschlag des Präsidenten, den Antrag durch einfache Schlussberatung zu erledigen, und ernannt der Präsident den Abg. Dr. Becker (Dortmund) zum Referenten und den Abg. Dr. Friedenthal zum Korreferenten.

Es wird nunmehr in den Wahlprüfungen fortgefahren. Abg. Dr. Harnier referirt über die württembergischen Wahlen weiter. Der Umstand, daß in Ludwigsburg das Militär in besonderen Wahlbezirken gewählt habe, verstoße gegen das Gesetz; auf den Ausfall der Wahl hätten die betreffenden Stimmen jedoch keinen Einfluß gehabt, weßhalb die Wahl des Abg. Kamm für gültig zu erklären sei. Im 13. Wahlbezirk (Stadt und Amt Stuttgart) sei durch das Verhalten des Hauptpost-Inspektors Gleß offenbar ein Mißbrauch der Amtsgewalt ausgeübt worden; gleichwohl sei die Wahl des Abg. Knoß für gültig zu erklären, indem jenes Verhalten auf den Ausfall dieser Wahl von keinem entscheidenden Einfluß gewesen sei. Es wird noch über weitere württembergische Wahlen referirt, die jedoch zu keiner Bemerkung Veranlassung geben. Die Wahl des Abg. Weber (Schweinfurt, 41. bayrischer Wahlkreis) wird nach dem Antrag der Abtheilung vorläufig beanstandet, bis die bei der Wahl vorgekommenen Angehörigkeiten, über welche ein eingegangener Protest berichtet, näher untersucht sein werden. So soll der Wahlkommissar die Stimmzettel, bevor er dieselben in die Urne gelegt, geöffnet und gelesen haben, ferner sollen Zettel für Leute abgegeben worden sein, die längst todt sind u. s. w. Die Wahl des Abg. Dr. Birk (Neustadt, 25. bayrischer Wahlkreis) wird für gültig erklärt; doch wird zugleich beschlossen, den Vorsitzenden des Zollbundesraths zu ersuchen, gewisse große Unregelmäßigkeiten, die bei der Wahl vorgekommen sein sollen, durch die K. bayrische Regierung untersuchen zu lassen, damit event. die Abstellung ähnlicher Uebelstände für die Zukunft erfolge. Von den 85 Wahlen, die in Folge des Eintritts der süddeutschen Abgeordneten in das Zollparlament zu prüfen waren, sind nunmehr 83 erledigt. Einer der betreffenden Abgeordneten ist gestorben und bleibt somit noch

eine Wahl zu prüfen. — Nächste Sitzung Montag, Tagesordnung: Handelsvertrag mit Spanien (die Referenten beantragen Genehmigung) und die Vorlage wegen Abänderung einzelner Bestimmungen der Zollordnung und der Zoll-Strafgesetzgebung.

Die von den Abgg. Meß, Bamberger, Kugler, Denny, Kirchner, Fauler, Gebting, Dr. Herth, Dissené, Luntschi, Pfannebeker u. s. w. beantragte Adresse lautet: „Allerdurchlauchtigster etc. Das von Ew. Maj. berufene deutsche Zollparlament fühlt sich als Vertretung des deutschen Volkes gebunden, Zeugnis abzulegen von dem Streben der Nation. Ew. Maj. bestätigten, wie das Bedürfnis des deutschen Volkes nach der Freiheit inneren Verkehrs und die Macht des nationalen Gedankens den deutschen Zollverein allmählig über den größten Theil Deutschlands ausgebreitet hat. Wir leben der Ueberzeugung, daß jenes Bedürfnis unserer Nation die Freiheit auf allen Gebieten fördern und die Macht dieses nationalen Gedankens auch die vollständige Einigung des ganzen deutschen Vaterlandes in friedlicher und geßelicher Weise herbeiführen wird. Eine naturgemäße Entwicklung hat zur Vertretung der gesammten deutschen Nation bezüglich ihrer wirtschaftlichen Interessen geführt. Die seit Jahrzehnten vom deutschen Volk erstrebte und seiner Zeit von sämmtlichen deutschen Regierungen als unabwiesbares Bedürfnis anerkannte nationale Vertretung für alle Zweige des öffentlichen Lebens kann unserem Volk auf die Dauer nicht vorenthalten werden. Die Liebe zum deutschen Vaterland wird die innern Hindernisse zu beseitigen wissen. Die nationale Ehre wird das ganze Volk ohne Unterschied der Parteien zusammenführen, falls von außen versucht werden sollte, dem Drang des deutschen Volkes nach größerer politischer Einigung entgegenzutreten. Unsere Nation achtet fremdes Recht und wünscht friedlichen Verkehr mit allen ihren Nachbarn. Sie darf daher Gleiches von Anderen erwarten, falls ihr das eigene Wohl eine Aenderung in ihren inneren Einrichtungen nöthig erscheinen läßt. Die angeführten Vorlagen werden wir mit pflichtmäßigem Ernst prüfen. Das gemeinsame deutsche Interesse wird unsere Beschlüsse leiten. Den Handelsvertrag mit Oesterreich nehmen wir mit besonderer Genugthuung entgegen. Wir legen auf die freundlichen Beziehungen zu dem durch Stimmesverwandtschaft und mannichfache Bande eng mit uns verbundenen Nachbarland einen hohen Werth. Wir vertrauen, daß es Ew. Maj. vergnügt sein werde, getragen durch die vereinte Kraft der deutschen Nation und im Einverständnis mit Ew. Maj. hohen Verbündeten, den Ausbau des gemeinsamen Verleses zu vollenden, dessen Abschluß Sicherheit, Macht und Frieden nach außen wie materielle Wohlfahrt und geßeliche Freiheit nach innen verbürgt. Ew. Maj. etc.

Berlin, 3. Mai. (Köln. Ztg.) Die Debatte über den Erlaß einer Adresse findet voraussichtlich Donnerstag statt. Vorher werden wahrscheinlich Delegirte der verschiedenen Fraktionen sich über die Frage, sowie über den Entwurf zu verständigen suchen. — Hr. Bancroft begibt sich in einigen Tagen nach München, um auch dort seine Beglaubigungsschreiben als amerikanischer Gesandter zu überreichen. — Gestern wurden hier die Ratifikationen wegen des belgischen Vertrages über die kleinen Paket- und Geldsendungen ausgetauscht.

Berlin, 3. Mai. Zur Theilnahme an den Regiments- und Brigadeneinheiten der hiesigen Infanterie wird am Samstag den 9. d. M. das in Spandau garnisonirte 4. Garderegiment z. F. in Berlin einrücken. Die Frühjahrs-Exercitien der hiesigen Garnison erreichen mit der am 29. Mai stattfindenden Parade ihr Ende. Am 30. marschirt das 4. Garderegiment nach Spandau zurück. Binnen kurzem werden die Großh. badiſchen Generalmajore Keller und v. Laroche, sowie der Oberst Bauer und der Oberstleutnant Sachs nach Berlin kommen, um den hiesigen Truppenübungen beizuwohnen. — Die zum 1. Mai in Aussicht gestellte Beurteilung von Mannschaften ist vorgelesen bei den Truppentheilen der Berliner und der Potsdamer Garnison in der früher bezeichneten Weise erfolgt. Bereits am Freitag Abend traf eine Abtheilung beurlaubter Mannschaften aus Schleswig hier ein.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 2. Mai. Es war bis jetzt zweifelhaft, ob die Sanktion der konfessionellen Gesetze erst dann, wenn auch das interkonfessionelle Gesetz in beiden Häusern des Reichsraths durchgegangen, oder, ohne darauf zu warten, schon jetzt erfolgen und sich in diesem Fall auf die beiden Gesetze (das Ehe- und Schulgesetz) beschränken werde, welche von beiden Häusern bereits gleichlautend beschlossen worden. Die eine und die andere Lösung hatte speziell um deswillen ein Interesse, weil von vornherein feststand, daß der Unterstaatssekretär Hr. v. Meysenbug seine Mission nach Rom erst dann antreten werde, wenn durch den Akt der Kaiserl. Sanktion eine unwiderrüßliche Thatsache auf dem Gebiet der kirchlichen Gesetzgebung geschaffen worden. Es ist jetzt entschieden, daß der Kaiser seine Sanktion erst dann ertheilen wird, wenn auch das interkonfessionelle Gesetz zu Stande gekommen, und die Folge davon wird sein, daß Hr. v. Meysenbug schwerlich vor Mitte des Monats nach Rom wird abgehen können. Wiederholt wird übrigens hervorgehoben, daß derselbe keine eigentlichen Verhandlungen zu führen, sondern lediglich nicht bloß die Geneigtheit, sondern den Wunsch der Kaiserl. Regierung im Allgemeinen außer Zweifel zu setzen berufen sei, im Wege freundlichen Entgegenkommens die neuen Verhältnisse zwischen Staat und Kirche geordnet zu sehen, bis dahin aber einen modus vivendi ausfindig zu machen, der die Gefahr irgendwelcher thatsächlichen Konflikte ausschließt.

Wien, 2. Mai. Auf Grund der verläßlichsten Informationen werden die Gerüchte von angeblichen Differenzen zwischen Baron Beust und dem österreichischen Botschafter Fürsten Metternich als jeder Begründung entbehrend bezeichnet.

Wien, 3. Mai. Wie aus Rom berichtet wird, ist der österreichische Botschafter daselbst, Hr. v. Crivelli, in Folge eines Schlaganfalls, der ihn gestern getroffen, gestorben.

Wien, 3. Mai. Die „Presse“ meldet: Das Komitee der Bankaktionäre überreichte dem Reichs-Finanzminister eine Denkschrift über die Bankentschädigungs-Frage. Der Minister erklärte die Unmöglichkeit einer vierprozentigen Verzinsung eines Darlehens von 80 Millionen, sprach sich für

eine Reduktion des Kapitals und die Erweiterung des Bankgeschäftskreises, wozu eine Statutenänderung notwendig sei, aus und betonte bei der Rücksicht, die man auf Ungarn nehmen müsse, die Schwierigkeiten, welche der Lösung der Frage entgegenständen. Die Bank möge die Lösung der Entschädigungsfrage durch ein Entgegenkommen auf die ungarischen Forderungen zu erleichtern suchen. — Das „Tagblatt“ sagt: Die Einführung der Vermögenssteuer werde in den Regierungskreisen als aufgegeben bezeichnet.

Rumänien.

Bukarest, 2. Mai. Der russische Generalkonsul hat der rumänischen Regierung eröffnet, daß er von seiner Regierung beauftragt sei, Unterhandlungen wegen Aufhebung der Konsular-Jurisdiktion anzuknüpfen. — Heute hat die erste Sitzung der Kammer stattgefunden; die Zahl der anwesenden Kammermitglieder war jedoch zu gering, um beschlußfähig zu sein.

Italien.

Florenz, 1. Mai. Der Stadtrath von Florenz begab sich gestern in das Hotel de la Paix, um den Kronprinzen von Preußen zu begrüßen. Der Kronprinz erwiderte die Begrüßung mit seinem Dank für die Sympathie, mit welcher man ihm überall in Italien entgegengekommen ist. — In Bologna wurde bei der Neuwahl für die Deputirtenkammer der General Medici gewählt.

Florenz, 3. Mai. Der König von Italien hat den Gesandten Frankreichs, Preußens, Sachsens und Portugals den Großorden des Ordens der Krone von Italien übertragen.

Frankreich.

Paris, 1. Mai. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Bekanntlich veranlaßt die Nichtzahlung des Coupons der letzten in Paris aufgelegten tunesischen Anleihe die französische Regierung im Interesse der Obligationeninhaber zu Reklamationen beim Bey. Letzterer erklärte sich im Anfang auch prinzipiell bereit, den Forderungen Frankreichs gerecht zu werden; als es aber zur Unterzeichnung einer Uebereinkunft bezüglich dieses Gegenstandes kommen sollte, weigerte er sich entschieden, darauf einzugehen. Die Vorstellungen des französischen Agenten, des Geschäftsträgers Vicomte Botmilian, erwiesen sich als fruchtlos, so daß sich dieser entschloß, die diplomatischen Beziehungen zum Bey abzubrechen. Zugleich stand er nicht an, demselben zu erklären, seine Handlungsweise könnte ihn leicht den Besitz der Regentenschaft kosten. Der Bey, erschreckt, stieß natürlich sofort einen lauten Hilferuf aus und wandte sich an besreundete Mächte, namentlich an England, mit der dringenden Bitte, ihm doch in dieser Noth beizustehen. Die englische Regierung hat sich auch bereits mit dem französischen auswärtigen Amt ins Einvernehmen gesetzt, und man wird nun abwarten müssen, welchen Verlauf die diplomatischen Verhandlungen nehmen werden. — Ueber das Zollparlament ist das Tuilerienkabinet beruhigt, und selbst die Nachricht, daß die von den national-liberalen Mitgliedern desselben in Vorschlag gebrachte Adresse von der Mehrzahl der süddeutschen Abgeordneten unterstützt werden würde, hat nicht sehr überrascht, da neuere Depeschen Benedetti's nicht nur darauf vorbereitet, sondern zugleich hinzugefügt hatten, daß nach offiziellen Berliner Versicherungen zu erwarten sei, daß die preussische Regierung in keiner Weise für diese Adresse Stellung zu nehmen gedenke. Von dieser Seite beruhigt, hielt man es nicht für angemessen, diese Angelegenheit zum Gegenstand von Gesprächen zu machen. König Wilhelm's friedliche Rede bei Eröffnung des Zollparlaments ist übrigens unseren neuen Freunden „weiser Sparsamkeit“ im Gesetzgebenden Körper sehr zu gelegener Zeit gekommen. Mit ihr bewaffnet, wollen sie sich bei den Budgetberathungen den Forderungen Riel's entgegenstemmen und sie als ein argumentum ad hominem zugleich mit den preussischen Heeresreduktionen dem Marschall entgegenhalten. Die Stimmung des Publikums ist im Uebrigen nach wie vor erwiesener Maßen friedlich.

Paris, 2. Mai. Der „Moniteur“ bringt folgende, dem Marineminister aus Japan zugegangene Nachricht über die Ermordung eines Mitglieds der Mannschaft einer Dampfschiffeluppe des „Duplex“:

Am 8. März begab sich ein kleines Fahrzeug an's Land, um den französischen Gesandten und den Kommandanten der „Venus“ aufzunehmen. Nachdem die Leute während zweier Stunden längs des Quais geblieben waren, ohne daß die Bewässerung die geringste Feindseligkeit an den Tag legte, wurde die Mannschaft ohne die geringste Herausforderung ihrerseits von einer Truppe von 80 bis 100 bewaffneten Männern angegriffen, welche auf sie schoß; einige der Leute sprangen in's Wasser und versteckten sich hinter dem Fahrzeug; die übrigen wurden ermordet. Nachdem Alles zu Ende war, zogen die Japanesen sich zurück. Die Leute, welche sich im Wasser befanden und selbst verwundet waren, kamen, vom Führer der Schiffeluppe, einem sehr energischen Mann, ermuntert, wieder an Bord. Sie fanden die Maschine in Unordnung, und da sie sich derselben nicht bedienen konnten, zogen sie die Segel auf und entkamen auf diese Weise. Die Opfer dieses schändlichen Attentats waren ein Aspirant 1. Klasse, ein Mandier-Quartiermeister, ein Feizer und 7 Matrosen. Es wird gemeldet, daß die japanische Regierung sich bereit erklärt hat, alle Genugthuung zu geben, die von ihr verlangt werde.

Der „Constitutionnel“ meint, das erste Handeln des Zollparlaments in Berlin beweise, daß diese Versammlung „eher von politischen Ideen, als von der Sorge für die kommerziellen und industriellen Interessen befeßt sei, deren Schutz und deren Entwicklung den Hauptzweck des Zollvereins ausmachen sollten.“

Paris, 2. Mai. In der gestrigen Sitzung des Gesetzgebenden Körpers wurde der Gesetzentwurf über die Abänderung verschiedener Eingangszölle, nachdem die dazu eingebrachten Amendements theils zurückgewiesen, theils zurückgezogen worden waren, mit sämmtlichen (203) Stimmen angenommen. Diese Zollveränderungen, die wenn auch unbedeutend, einen offenbar protektionistischen Charak-

ter an sich tragen, beziehen sich auf gefärbte, ungesponnene und gesponnene Seide verschiedener Gattungen, Olivendöl, tunesisches Baumwollen-Gespinnst, Zündhütchen für Jagdgewehre, Sprenglunte, Feuerwerksstücke. Außerdem bestätigt das neue Gesetz die schon durch ein kais. Dekret verordnete Aufhebung jeden Aufschlags auf Getreide und Mehl, die unter fremder Flagge eingeführt werden. Die von Haentjens beantragte Ausdehnung dieser Bestimmung auf die Einfuhr von Reis wird nicht genehmigt.

Der „Constitutionnel“ sagt mit Bezugnahme auf die Friedensversicherungen der „Provinzialkorresp.“: „Diese Sprache des Berliner Blattes stimmt ganz mit den in der letzten Rede des Königs von Preußen enthaltenen Versicherungen und mit den Erklärungen unserer eigenen Regierung überein.“ — Dem „Journ. de Paris“ geht von Berlin aus die Nachricht zu, daß die preussische Regierung den Plan aufgegeben habe, vor Trier ein verhängtes Lager zu errichten. — Der „Aven. nation“ erfährt auf telegraph. Wege aus dem Haag, 2. Mai: „Der Senat, der auf das Verlangen der zur Opposition gehörigen Senatoren einberufen worden ist, wird nächsten Dienstag über eine an den König zu richtende Adresse diskutieren, welche demselben die politische Krisis, in der sich das Land befindet, darlegen soll.“

Nach der heutigen Sitzung des Ministerraths in den Tuilerien, in welcher der Kaiser den Vorsth führte, wurden die neu ernannten Präsekte beidigt. Hr. Paulin Lemaillac, welcher unpäßlich war, hatte darum nachgeschickt, erst am nächsten Mittwoch vom Kaiser beidigt zu werden. — Der „Estandard“ meldet, daß ein Einverständnis zwischen Frankreich, England und Italien bezüglich der Ereignisse von Tunis und namentlich der Vertheidigung der finanziellen Interessen, welche die Unterthanen dieser drei Mächte mit Tunis haben, zu Stande gekommen ist.

Der „Liberté“ geht aus Schanghai die Nachricht zu, daß der französ. Gesandte schnelle Genugthuung für den Mord der zwei oder drei Franzosen in Kobi erlangt hat. Es wurden 20 Japanesen enthauptet und eine Entschädigung von 750,000 Fr. zugesandt. — Rente 69.27 1/2, Cred. mob. 240, ital. Anl. 48.70.

Belgien.

Brüssel, 2. Mai. Ein in den ersten Zeiten der Selbstständigkeit Belgiens vielgenannter Staatsmann, der Graf Lehon, ist am 30. April in Paris gestorben. Graf Lehon war ursprünglich Advokat in Lüttich, ward 1830 in den Nationalkongress gewählt, und bald darauf belgischer Gesandter in Frankreich, welchen Posten er bis 1842 bekleidete. König Leopold verlieh ihm den Grafentitel. Nach dem 2. Dezbr. ließ er sich in Frankreich naturalisiren, ward Kabinetsekretär des Herzogs v. Morny und Mitglied des Gesetzgeb. Körpers. Er war 1792 geboren. Seine sehr reiche Gemahlin hat bekanntlich eine Zeit lang in der eleganten Welt von Paris und am Hof Louis Philippe's eine große Rolle gespielt. — Die Antwerpener Handelskammer hat beschlossen, das nöthige Terrain für die Aufstellung der Reiterstatue Leopold's I., welches der Stadtrath zu geben verweigert, anzukaufen. Die Handelskammer wird zu diesem Zweck 10,000 Fr. beisteuern; was mehr erforderlich ist, soll durch öffentliche Subskription beigebracht werden.

Großbritannien.

London, 2. Mai. Aus der nebelhaften Ungewißheit, welche noch die Ereignisse der nächsten Tage und die Geschichte des Ministeriums umgibt, tritt mit mehr und mehr deutlichen Umrissen eine Lösung des gegenwärtigen Zwiespalts zwischen der Regierung und Opposition hervor, die sich von den möglichen Auswegen allen Parteien vorzugsweise empfiehlt. Es ist der, daß die Regierung vorderhand im Amt bleibe, die nothwendigen Geschäfte der Session und die irische und schottische Reformbill erledige, und nach Beendigung dieser Angelegenheiten das Unterhaus auflöse und die Neuwahlen unter der neuen Reformakte vornehme. Die „Times“, welche ebenso wie die namhaftesten Wochenblätter und die entgegengegesetztesten Parteiorgane dieses Programm empfehlen, erklärt dasselbe allerdings für neu, insofern thue dieser Umstand der Nothwendigkeit seiner Annahme keinen Eintrag. Den sonstigen schweren Bedenken gegen eine solche „provisorische“ Regierung müsse man die Betrachtung der Lage entgegenhalten, welche sich durch die nur halbvollendete Reformbill zu einer ausnahmweisigen gestalte. Im Uebrigen sieht das Cityblatt für den erwähnten Ausweg eine Gefahr nur in der Uneinigkeit des Ministeriums, welche beiläufig von konservativen Blättern in Abrede gestellt wird. Bei ruhiger Ueberlegung könne wohl ein unentbehrliches Kabinetmitglied zu dem Schluß kommen, es sei besser für seinen Namen und seinen Ruf, zurückzutreten. Letzteres wird als Gerücht von vielen Seiten verbreitet, und verschiedene Namen erwähnt man als Anhänger dieser entschiedenen Politik. Der ministerielle „Herald“ erklärt, wie bemerkt, es herrsche im Kabinet die größte Eintracht, und droht nur für den Fall, daß man von Seiten der liberalen dem Ministerium zu stark zuschreibe, mit einer Auflösung unter dem alten Wahlgesetz, die indessen im Ganzen wenig Gläubige findet. Liberale Blätter partiren diese Finte einfach, indem sie die Möglichkeit einer solchen Auflösung in's Auge fassen und zu dem Schluß kommen, sie sei zwar unbequem, aber sonst der Uebel größtes nicht.

London, 3. Mai. Der „Observer“ erfährt, Disraeli werde morgen dem Unterhause ankündigen, er habe der Königin seine Demission eingereicht, welche jedoch von derselben nicht angenommen worden sei, und werde er daher die Geschäfte fortführen. Wie der „Observer“ ferner wissen will, würde Gladstone alsdann eine Adresse an die Königin beantragen.

Amerika.

Neu-York, 22. Apr. Die Verhandlungen vom 18. und 20. April im Präsidenten-Prozesse beschränkten sich auf das Verhör der Entlastungszeugen. Ein abermaliger Versuch, das Zeugnis des Marineministers Welles bezüglich der Kabi-

netzstellungen vorzulegen, mislang völlig; denn trotz der Bereitwilligkeit des Oerrichters Chase verwarf der Senat mit einer Mehrheit von sechs Stimmen die Zulassung sowohl dieses Zeugen wie des General-Postmeisters Randall, und Swarts kündigte an, daß diese Entscheidung sich auch auf Edward, McCulloch, Browning und Andere beziehe, die zum selben Zweck etwa von der Verteidigung vorgeführt werden möchten. Ein radikaler Zeuge sagte aus, daß die Amtsentsetzung des Postmeisters von Augusta, welche als unverantwortliche Handlung Johnson's bezeichnet worden war, ohne Vorwissen des Präsidenten durch den General-Postmeister Randall erfolgt sei. Am 21. verweigerte das Repräsentantenhaus den Antrag des Demokraten Robinson in Betracht zu ziehen, dem zufolge das Haus die Leiter der Anklage zurückberufen und diese selbst aufgeben sollte.

Neu-York. Ein dieser Tage zu Columbus in Georgia an Hrn. Ashburn verübter Mord ist nicht als ein gewöhnliches Verbrechen aufzufassen, sondern dürfte in einem viel bedeutenderen Licht erscheinen. Fünfzehn Kerle mit maskirten Gesichtern erbrachen Ashburn's Haus, welches an einer der belebtesten Straßen lag, drangen in sein Schlafzimmer, erschossen ihn mit kaltem Blut in Gegenwart der Haushälterin, trieben dann noch während einer Viertelstunde kurzweil im Hause, und darauf entfernten sie sich.

Es war Ashburn — sagt die „N. Y. Handels-Ztg.“ — vorher in öffentlichen Blättern angedeutet worden, daß es ihm so ergehen werde, wenn er sich nicht bessere. Sein Verbrechen bestand darin, daß er das einflussreichste Mitglied der republikanischen Partei in Georgia war. Seine Ermordung ist die erste Lebensunterbrechung des K. u. K. L. a. n., eines Vereins, dessen ausgesprochenes Zweck es ist, Mord an denen zu verüben, welche die Politik des Kongresses unterstützen. Das soll den Süden „besitzen“. Schon haben auch hervorragende Personen in Washington Drohbriefe im Namen jenes Ordens erhalten. Die Generale Grant und Meade lassen die Sache sehr ernst auf und haben Befehle erlassen, den weit verzweigten Mörderverein mit aller Energie zu unterdrücken.

Washington, 2. Mai. In dem Prozeß gegen den Präsidenten Johnson haben alle Mitglieder des Anklagekomitees die Begründung der erhobenen Beschuldigungen schon erledigt, ausgenommen Bingham, dessen Beweisführung am Montag beginnen und die Begründung der Anklage schließen wird.

Rio de Janeiro, 7. Apr. Man sieht hier dem baldigen Ende des Kriegs mit Paraguay entgegen. Die letzten Nachrichten vom Kriegsschauplatz reichen bis zum 25. März; damals waren alle Festungen, welche das paraguayische Festungsviereck bilden, in den Händen der Verbündeten von Curupaity bis nach Passo-Pareo, wo der Präsident Lopez sein Hauptquartier hatte und wohin dann der Marquis v. Carias das seine verlegt hat. Am 26. März gab Marquis v. Carias den brasilianischen Streitkräften Befehl, die feindlichen Verschanzungen anzugreifen, während die Argentinier eine vorgerückte Redoute angriffen. Die Verschanzungen von Zuguty, sowie die Redoute wurden genommen, ohne daß man auf sonderlichen Widerstand gestoßen wäre.

Baden.

Mannheim, 2. Mai. Die Pracht von Laub und Blüten, Finkenflug und Nachtigallenschlag in unserem Schlossgarten ist so groß, wie kaum je seit langen Jahren. Der durch denselben geführte Schienenstrang, weit entfernt, seine landschaftliche Schönheit zu beeinträchtigen, wird, zumal wenn dichteres Grün an den Querdurchgängen sich hinaufkränkt, dieselbe noch erhöhen. — Die Meldungen zu den drei Rennen für Herren bei dem morgen stattfindenden Wettlauf haben hinlängliche Begeisterung, auch aus Württemberg, erhalten, woher schon gestern Besucher des Turfs hier eingetroffen sind. — Gestern wurden die Fahnen der beiden Infanteriebataillone der hiesigen Garnison mit klingendem Spiel in die Wohnung des Obersten v. Peternell gebracht; bisher waren sie im Kommandanturgebäude gewesen.

Mannheim, 3. Mai. Der pädagogische Verein Mannheim-Heldberg hat seine Sitzungen gestern unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Stark hier wieder aufgenommen. Durch den Beitritt von Lehramtspraktikant Dyckerhoff ist nun auch Ladenburgs höhere Bürgerschule in den Verein gezogen worden. Dem gestorbenen Vereinsmitglied Direktor Gadenbach von Heidelberg widmete der Verein ehrenvollen Nachruf und beschloß, die Versammlung der mittelhessischen Gymnasiallehrer mit reger Theilnahme zu besuchen. Die von dem Verein adoptierten Theken der H. Prof. Dr. Köhly und Direktor Schöber über den Lateinunterricht an den höheren Bürgerschulen und die Stellung der letzteren Anstalten beschloß derselbe dem Groß- Ministerium des Innern und Groß- Oberlehreramt vorzulegen. Nach dem Referat Prof. Köhly's in Heidelberg über eine lateinische Grammatik von P. Hommel, deutsch bearbeitet von Holzger, begann Prof. Stöcker an hiesiger höheren Bürgerschule die Begründung seiner Theken über den französischen Unterricht an Realschulen. Die Fortsetzung der Verhandlungen darüber mußte für die nächsten Sitzungen zurückgelegt werden. — Der Verein mittelhessischer Gymnasiallehrer wird nach zweijähriger Unterbrechung dieses Jahr wieder in Auerbach tagen.

Mannheim, 4. Mai. (N. S. Ldz.) Das zur Belebung des Mannheimer veranfaltete Pferde-Wettrennen hat gestern Nachmittag stattgefunden. Die Theilnahme der Bevölkerung an der Veranstaltung war sehr groß; weniger war dies von Seiten der Pferdebesitzer der Fall. Zu dem Trabreiten hatte sich nur ein Teilnehmer eingefunden. Bei dem Flachrennen gewann den Preis (250 fl.) das Pferd des Hrn. Leut. Gaus; bei dem kleinen Jagdrennen gewann den Preis (300 fl.) das Pferd des Hrn. Baron St. André; bei dem größeren Jagdrennen errang den Preis (400 fl.) und Ehrenpreis das Pferd des Hrn. Oberl. Duttenshofer. Bei dem kleinen Jagdrennen hatte Hr. Bürck mit seinem Pferd „Miß Mary“ den Vorsprung, bis an einem Hinderniß das Pferd stürzte. Hr. Bürck hat sich leider bei dem Fall verletzt; doch hinderte ihn der Unfall nicht, das Rennen fortzusetzen.

Aus dem Kreis Lörrach, 3. Mai. Gutem Vernehmen nach werden in den Verkehrsverhältnissen unseres Kreises, namentlich bezüglich der Straßenkorrektur, demnächst mehrfache Verbesserungen eintreten. So soll die beträchtliche Steige zwischen Steinen und Hüfingen umgangen, und durch eine neue, bequem zu passierende

Straße ersetzt, dagegen die hiesige Straße von Lörrach nach Aelshausen, welche zu einem der beliebtesten und reizendsten Ausflüge des Wiesentals dient, in zeitgemäßer Weise verbessert werden. — Die industriellen Beziehungen unserer Gegend haben in diesem Augenblick einen ganz erfreulichen Aufschwung genommen. Nicht allein sind es die Etablissements der Kreisstadt selbst, welche davon ein rühmliches Zeugnis geben, sondern auch anderwärts, wie in Apenbach, Zell, Wiesloch u. s. w., ist es vorzugsweise die Baumwollenspinndindustrie, die eine rasche Entwicklung zu nehmen scheint. In letzterem Orte wurde unlängst von Hrn. E. Großmann eine Spinnerei und Weberei eingerichtet, deren Maschinen von der bekannten Firma „Blatt Brothers u. Co.“ in Oldham (bei Manchester) herrühren und Fabrikate liefern, die weder an Güte noch im Preis den ausländischen nachstehen.

K. H. i. n. g. e. n., 2. Mai. Gestern Nacht 12 Uhr brannte das Haus samt Anbauten des Zimmermeisters Albrecht (Schaffhauser Vorstadt) völlig nieder. Als das Feuer bemerkt wurde, stand bereits das ganze Anwesen in lichten Flammen. Mit Mühe retteten die Bewohner ihre Leben. Sonst wurden fast sämtliche Fahrnisse, reicher Vorrath an Holz u. s. w. ein Raub des feindlichen Elements. Die hiesige Feuerwehre und jene von Lauffenmühle haben viel Lob geerntet. Die Nachbar-(Schweizer-)Gemeinde Koblenz sandte Spritze und Bedienung, konnte jedoch, da man das Feuer bereits auf seinen Tod beschränkt hatte, nur den guten Willen zeigen. Ueber Entstehung verläutet nichts Bestimmtes. Heute Nachmittag war das Groß- Bezirksamt mit den gewöhnlichen Erhebungen auf hiesigem Rathhaus thätig.

Donauessingen, 2. Mai. So eben sind die ersten von Engen kommenden Lokomotiven, zwei an der Zahl, pfeifend in den hiesigen Bahnhof gefahren. Der schillernde Pfiff, in der ganzen Stadt vernehmbar, brachte Jung und Alt auf die Beine. Die Lokomotiven sind zunächst dafür bestimmt, das dahier aufgeschickte, zur Ueberwindung der Bahn bestimmte Material der verschiedenen Baustellen zuzuführen. — Der abgewichene Winter brachte sieben Monate zu seiner Abwicklung; die Vegetation hat aber keinen Schaden genommen; die Früchte der Baar zeigen sich in einer vielerorts schonen Entwicklung, besonders wenn die mit Mai eingetretene Witterung anhält. — Im Jürl. Park ist ein schönes Exemplar eines sog. Brauenten-Paars zu sehen.

Donauessingen, 2. Mai. Heute Abend gegen 5 Uhr sind 2 Lokomotive mit einigen Wagen von Engen auf ihrer ersten Probefahrt hiesher gekommen, geleitet von Hrn. Oberbaurath Gerwig. Diese Probefahrt soll sehr gut ausgefallen sein, und man lebt nun der freudigen Hoffnung, daß unsere Eisenbahn, auf deren Bau ein längerer Aufschub, mit dem Sommerfuss werde eröffnet werden.

Vermischte Nachrichten.

Karlsruhe, 2. Mai. Die in der Grünwinkler Allee gelegene städtische Turnhalle wurde heute zum Abbruch versteigert. Hr. Bierbrauer Geiger steigerte dieselbe und beabsichtigt, solche hinter seiner Bierhalle wieder aufzubauen.

Stuttgart, 2. Mai. Das heutige Regierungsblatt veröffentlicht die neue Zivillprozeßordnung.

Mainz, 3. Mai. (N. Fr. Z.) Hier ist man bemüht, eine Adresse an den Bischof v. Ketteler zu Stande zu bringen, um ihn zu ersuchen, in Mainz zu verbleiben und eine allensässige Wahl zum Erzbischof in Freiburg abzulehnen.

Hannover, 1. Mai. Von den wegen Falshandverbrechen in Berlin in Untersuchungshaft befindlichen Hannoveranern sind weiter entlassen: der Kellerer Böhre, die Maurer Kreis und Oppermann, der Hausknecht Lange und der Arbeiter Deppe. In Haft verbleiben 22, welche jetzt nach Aussage der Zurückkehrenden vor Gericht gestellt werden sollen.

Berlin, 2. Mai. Heute hat sich eine freie Fraktion aus Mitgliedern aller Fraktionen gebildet, welche die Zoll- und Handelsfragen im Sinn des Freihandelsystems berathen will. Vorsitzender ist Jordanbeck.

Berlin, 2. Mai. Die süddeutsche Fraktion beschloß einstimmig, die Adresse abzulehnen. Einzelne Fraktionsmitglieder sind für Nichtbeilegung an der Adresse. Die „Kreuzzeitung“ ist nur dann für eine Adresse, wenn solche den Süden nicht verlegt, sondern versteht. Die Freikonserwativen sind jetzt meist für den Erlaß einer Adresse.

Wien, 2. Mai. (N. Fr. Pr.) Julie v. Ebergényi wurde heute zum Verhandlungsrichter Landesgerichtsrath Gülzlani geführt, wo sie aus den für sie erliegenden Akten diejenige auswählte, welche ihr Eigenthum sind und der Familie verabsolgt werden. Die aus dem Nachlaß der Gräfin Mathilde Ghorinsky herrührenden Gegenstände, sowie die Abschriften der Verhandlungsprotokolle werden, sobald das Oberlandesgericht über die Berufung des Vaters der verurtheilten Julie v. Ebergényi entschieden haben wird, an das Bezirksgericht Münden links der Jiar abgegeben werden, um in der Untersuchung und Schwurgerichts-Verhandlung gegen Gustav Graf Ghorinsky verwendet zu werden. Julie Ebergényi sieht vortheilhaft aus, ja man möchte sagen, sie trägt eine gewisse Behaglichkeit zur Schau. Die Meldung hiesiger Blätter, daß Julie Ebergényi bereits im Sträflingskostüm erschienen ist, ist unwahr; heute trug Julie Ebergényi ein schwarzes Seidenkleid und eine schwarzseidene Mantille.

— Ein französisches Bonmot. Den wirklichen oder vermeintlichen Gegensatz zwischen den H. K. u. u. und N. u. u. bezeichnend der französische Wit als Rouerie (rouerie) und Nihilisme (nihilisme).

— In die belgische Armee ist ein chinesischer Prinz als freiwilliger Garabinier eingetreten, um die Kriegskunst und die Handhabung der Waffe zu studiren. Ein Leutnant ist der chinesischen Hoheit speziell zum Unterricht beigegeben.

• Bericht aus Cuba zufolge soll die diesjährige Tabakernnte nur die Hälfte der gewöhnlichen Quantität erreichen.

— Eisenbahnunglück auf der Eriebahn. Der Expresszug, welcher am 14. Apr. von Buffalo nach New-York abging, bestand aus einer Lokomotive, einem Gepäck- und einem Postwagen und 6 Passagierwagen. Die Passagiere, von Buffalo aus etwa 200, vermehrten sich bis Harrowsburg auf 300. Der Zug, der die Geschwindigkeit von 30 Meilen in der Stunde nicht überschreiten soll, legte in Eile einige 300 Meilen zurück und kam bis zu Carr's Rock im Staate New-York. Dort zieht sich auf einer Entfernung von 25 Meilen die Bahn oberhalb Port Jervis an einer Hügelkette vorbei, an deren Fuß der Delaware vorüberfließt. Die Linie ist hier in das Gestein geprengt, und während auf der einen Seite des Gleises sich

himmelhoch die Felsenmassen erheben, steht der Passagier auf der andern Seite in die Tiefe, wo etwa 30 Fuß unterhalb das Auge auf einem 15 Fuß breiten Plateau einen Ruhepunkt findet, von dem aus fast senkrecht der Abhang 125 Fuß tief zum Flusse abfällt. Bis zu dieser Strecke hatte der Zug durch Nachlässigkeit des Lokomotivführers 47 Minuten Zeit verloren. Auf der langen Strecke von Harrowsburg bis Port Jervis sollte die verlorene Zeit eingeholt werden, und so begann der Zug am Rand des Abgrunds mit einer Schnelligkeit von 35 Meilen die Stunde dahinzuschleichen. Plötzlich erschreckte die Passagiere im dritten Wagen ein heftiger Stoß, die Klingelschnur wird von den Entsetzten aber- und abermals gezogen, aber vergebens, der Zug jagt weiter, indessen die Sprünge der letzten 4 Wagen ihren Insassen nur zu deutlich anzeigen, daß dieselben von den Schienen gerathen und im nächsten Augenblick dem Verderben geweiht sind. Lange hielt die Ungewißheit nicht an. Den heftigen Stößen der über die Schwellen gerissenen Wagen konnten die Verbindungsstetten nicht Widerstand leisten. Noch ein heftiger Stoß, und der vorderste der 4 Wagen hat sich von dem Zuge befreit; der hinterste stürzt unmittelbar darauf hinab auf das Plateau unterhalb der Bahn, tiefer hinab, in Trümmer zerfällt, zu dem Flußbette des schäumenden Delaware, in dem ein herzzerreißender Schrei der aus dem Schlafe in den Tod gestürzten Passagiere die Nacht durchhallt. Ein Augenblick noch und die übrigen 3 Wagen folgen krachend in die schreckliche Tiefe hinab. Von dort schallt das Hilse- und Schmerzgeschrei der Verwundeten; bald auch bringt ein schwacher Lichtschein herauf, der aber bald sich verzögert und als gewaltiger Brand weithin die Gegend beleuchtet. Der eine der Wagen heft in Flammen und die unglücklichen Opfer der Fahrlässigkeit jammern in seinem Innern in Todesnoth, weil sie ihrem Gefängniß nicht enttrinnen können. Unterdessen sauste die Lokomotive mit den ersten Wagen weiter, und erst nach einiger Zeit kam es dem Lokomotivführer so vor, als ob er einige seiner Wagen verloren habe. Der Zug wurde zum Stehen gebracht und dampfte zurück, dem Ort des Schreckens zu. Der aufgehende Mond und die Flammen des brennenden Wagens zeigten den glücklich entronnenen Passagieren ein grauenvolles Bild der Zerstörung und des Todes. Alle gaben sich mit Anstrengung der äußersten Kräfte daran, die wenigen Ueberlebenden aus den Flammen zu retten. Es war eine verzweifelte Arbeit, da es fast an allen Werkzeugen gebrach. Nach vielen Stunden hatte man endlich die Todten wie die Lebenden den Abhang hinauf und in die unbeschädigten Wagen geschafft. Der Zug dampfte weiter. Zwei ganze Kisten voll abgerissener Gliedmaßen wurden auf dem Schamply des Unglücks gesammelt. Die Zahl der Umgekommenen betrug 24, die der Verwundeten 50.

Karlsruhe, 4. Mai. Nächsten Mittwoch 6. d. wird die Familie v. Bodum-Dolffs eine „seance dramatique“ in dem Saal der Landt-Gewerbehalle veranstalten. Da die Familie v. Bodum-Dolffs noch von ihrer vor Jahresfrist hier gegebenen „seance“ allgemein in lebhafter Erinnerung ist, so bedarf es für die hiesigen Kunstfreunde nur dieses einfachen Hinweises auf den ihnen angebotenen Kunstgenuß.

Das Hamburger Post-Dampfschiff „Savaria“, Kapl. C. Meyer, von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft, ging, erpedirt von Hrn. August Volken, William Miller's Nachf., am 2. Mai von Hamburg nach Neu-York ab.

Außer einer starken Brief- und Paketpost hatte dasselbe 29 Passagiere in der Kajüte und war das Zwischendeck mit Passagieren voll besetzt.

Hamburg, 1. Mai. Das Hamburg-Neu-Yorker Post-Dampfschiff „Hammenia“, Kapl. Meyer, am 21. Apr. von Neu-York abgegangen, ist nach einer ausgezeichnet schnellen Reise von 9 Tagen 9 Stunden am 1. d. M., 11 Uhr Morgens, in Cowes angekommen und hat, nachdem es daselbst die Verein-Staaten-Post, sowie die für Southampton und Havre bestimmten Passagiere gelandet, um 1 Uhr die Reise nach Hamburg fortgesetzt.

Dasselbe überbringt 199 Passagiere, 63 Briefsäcke, 900 Tons Ladung und 280,750 Doll. Contanten.

Frankfurt, 4. Mai. 2 Uhr 48 Min. Nachm. Deherr. Kreditaktien 189/8, Staatsbahn-Aktien 265 1/2, National 53, Steuerfreie 50 1/2, 1860r Loose 70 1/2, Deherr. Baluta 101 1/2, 4proz. bad. Loose 97, Amerikaner 75 1/2, Gold . . .

— Neu-York, 2. Mai. Gold 139 1/2, Wechsel 110, Bonds 1882r 108, Baumwolle 33 Cents, Petroleum 29 Cents.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	2. Mai.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28	2,06	+ 9,5	S.W.	schw. bew.	heiter, kühl
Mittags 2 "	"	1,00	+ 16,0	N.O.	rein	" warm
Nachts 9 "	"	0,88	+ 11,5	"	"	" mild
3. Mai.						
Morgens 7 Uhr	27	11,00	+ 10,5	N.O.	rein	heiter mild
Mittags 2 "	"	10,88	+ 17,5	S.W.	"	" warm
Nachts 9 "	"	10,50	+ 15,0	"	"	" mild

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 5. Mai. 2. Quartal. 60. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal: **Sophonische**, Trauerspiel in 5 Akten, von Emanuel Geibel. Anfang 1/2 7 Uhr. Ende gegen 1/2 10 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch 6. Mai. **Sophonische**, Trauerspiel in 5 Akten, von Emanuel Geibel.

In unerwartetem Maß ist mir am Tag meines 25jährigen Wirkens an der Bühne meiner Vaterstadt der Beweis einer Anerkennung geworden, die mich mit Stolz und Dankbarkeit, aber auch mit dem Bewußtsein erfüllt, daß ich alle Kraft meines Lebens aufbieten muß, um im Dienste der Kunst eines so unerschöpflichen Lohnes würdig zu werden und würdig zu bleiben. Den Gönnern und Freunden, die zu der mir unvergesslichen Frier zusammenwirkten, sage ich jetzt aus tiefstem Herzen den Dank, dem ich zuvor nur durch Eränen Ausdruck geben konnte, den glücklichsten Eränen freilich, die jemals eine Künstlerin geweiht hat. **Karlsruhe, 5. Mai 1868.**
Louise Schönsfeld.

